



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 97/2011 Kiel, 30. September 2011

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Nachtragshaushalt 2011

Ziel der Haushaltskonsolidierung von Rot-Grün über Bord geworfen

Der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, sagte in der heutigen Sitzung der Ratsversammlung in der Debatte zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 (TOP 29, 29.1, 30, 7.3):

„Der Nachtragshaushalt gibt wieder einmal wunderbar die Gelegenheit zur politischen Schuldzuweisung, und der wahre Schuldige ist aus Sicht der Kooperation natürlich das Land, insbesondere der Innenminister, der durch sein Schreiben vom 30. Mai die Kredite für Investitionen um fast 50% auf 30 Mio. und den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen um 1/3 auf 25 Mio. begrenzte.

Dies führt nun zu dem Nachtragshaushalt, der uns vorliegt und der uns bestätigt, dass der Innenminister mit seinem nicht unerheblichen Eingriff in die Haushaltssatzung in vielen Punkten Recht hatte.

Ich möchte das an zwei Beispielen verdeutlichen:

1. Der böse Innenminister rechnet vor, dass durch die enormen Restmittel aus 2010 für das Jahr 2011 ein Investitionsvolumen von 160 Mio. zur Verfügung steht und schreibt wörtlich: „Schon bei der Planung war absehbar, dass ein solches Investitionsvolumen von der LH Kiel im Jahr 2011 nicht abgearbeitet werden kann“.

Und genau das tut die Verwaltung jetzt. Die Hinweise „Ansatz gestrichen, Reste aus 2010 reichen zur Durchführung der geplanten Maßnahmen aus“ oder „Die Deckung erfolgt dabei – wie bereits oben erwähnt – aus übertragenen Auszahlungsermächtigungen (Haushaltsresten)“ belegen dies deutlich.

Aber auch andere Maßnahmen, die für 2011 geplant wurden und vollständig oder teilweise in das Jahr 2012 verschoben werden, sind in vielen Fällen für das laufende Jahr 2011 nicht realisierbar.

§ 10 Abs. 3 GemHVO-Doppik schreibt vor, dass „Einzahlungen und Auszahlungen“ in „Höhe der voraussichtlich zu erzielenden oder zu leistenden Beträge zu veranschlagen“ seien.

Insofern kann man dem Innenminister nur zustimmen wenn er unter Hinweis auf diese Vorschrift fordert, dass „die LH Kiel ihre Investitionsplanung überprüfen und dabei auch die tatsächlichen Umsetzungsmöglichkeiten in den Blick nehmen muss“.

2. Lassen Sie mich noch ein weiteres Beispiel nennen, hier geht es um den Ergebnisplan und nicht um die Investitionen. Der Innenminister rechnet vor, dass nach Informationen der LH Kiel vom 9. Mai eine erhebliche Verbesserung des Jahresfehlbetrages in 2009 erzielt wurde und dass dies gegenüber der Planung eine Verbesserung um rund 16 Mio. bedeuten würde. Hier passt es ins Bild, dass der Jahresfehlbetrag in 2010 – ebenfalls laut Schreiben vom 09. Mai – sich um rund 56 Mio. auf rund 20 Mio. verringert.

Das grenzt an Taschenspielertricks, mit denen man Finanzierungspielräume nicht zeitnah ausweist und dafür dann den Kreditrahmen für die folgenden Jahre erhöht. Der Haushalt quasi als „Sparbuch“, um dann mit der Botschaft zu glänzen, was man doch für tolle Einsparungen erzielte. Das hat mich schon in der Vergangenheit geärgert, da sprach man dann auch noch von „erzielten Überschüssen“ – die aber letztlich keine waren.

Dass hier der Innenminister mit einem kleinen Nebensatz anmerkt, dass er dies in seinem Erlass berücksichtigt hat, hat schon fast etwas Belehrendes.

Ergebnis der ganzen Geschichte: Viel Geschrei um ein Problem, das man aus unserer Sicht in vielen Punkten selbst herbeigeführt hat, jetzt aber wohlfeil die Schuld bei den Anderen sucht!

Ich möchte noch einen 3. Punkt ansprechen:

Betrachtet man einmal die Veränderungen im Nachtragshaushalt, dann werden dort viele Unterproduktgruppen neu bewertet und es werden „Mehraufwendungen“ oder „Mehreinnahmen“ ausgewiesen.

Bei einigen dieser Ansätze hat sich mir die Frage gestellt, was die so korrigierten Wertansätze mit dem Erlass des Innenministers zu tun haben, oder ob hier Korrekturen aufgrund einer falschen Einschätzung oder anderen Entwicklung notwendig waren. Hier klaffen Planung und tatsächliche Entwicklung weit auseinander.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Kooperation – ihre erkennbaren politischen Zielsetzungen mit diesem Nachtragshaushalt, ihre Äußerungen in ihren Pressemitteilungen und hier heute in der Ratsversammlung zeigen deutlich, dass sie sich offensichtlich schon längst im Wahlkampf befinden und in die Gefahr laufen, die Interessen dieser Stadt nicht mehr wahrzunehmen.

Das Ziel einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung haben sie schon mit dem Haushalt 2010 über Bord geworfen, der Haushalt für 2011 hat dies nochmals bestätigt. Sie weigern sich offensichtlich, und die Ablehnung unseres Antrages für ein konsensuales Haushaltskonsolidierungskonzept belegt dies deutlich, diesen enormen Schuldenberg unserer Stadt abzubauen.

Sie greifen weiterhin in die Schuldenkiste und hinterlassen den Abbau des Schuldenberges der nächsten Generation.

Wir werden deshalb diesem Nachtragshaushalt und auch der Beschlussvorlage zu Punkt 30 der Tagesordnung nicht zustimmen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer